

Formen des Rassismus wenden und klar für die Schwarzen eintreten würde. Nur der kompromißlose Kampf gegen den Rassismus könne die Arbeiterklasse und den Sozialismus in den USA voran bringen.

Die erste Hälfte von *Shachtmans* Text ist historisch und in ihrer Analyse und Argumentation auf der Grundlage statistischen Materials eine ungewöhnliche Herausforderung für die rassistisch geprägte Historiographie der 30er Jahre. Geschrieben wurde er zu einer Zeit, als die Schwarzen noch eindeutiger am unteren Ende der sozialen Leiter zu finden waren, Lynchjustiz an Schwarzen noch zum Alltag gehörte, als es „house nigger“ (Harry Belafonte über die beiden hier erwähnten Politiker) wie Condoleezza Rice und Colin Powell noch nicht so weit nach oben in der gesellschaftlichen Hierarchie bringen konnten und affirmative action-Programme noch unbekannt waren.

*Christopher Phelps* hat als Hrsg. des Buches eine ausführliche Einführung beigesteuert, die die von *Shachtman* aufgeworfenen theoretischen Fragen des Verhältnisses von Klasse, Rasse und Nation aufgreift und sie in Beziehung zur politischen Debatte über die „Negerfrage“ in der frühen Linken Opposition und zwischen den Trotzkisten und Stalinisten setzt. *Phelps* untersucht sorgfältig *Shachtmans* historische und soziologische Analyse, seine theoretischen und politischen Ideen und das im Verhältnis zu anderen Autoren. Was *Shachtman* nicht berücksichtigte – anders als C. L. R. James und Trotzki, deren interessante Kontroverse *Phelps* akzentuiert nachzeichnet, – ist, daß unter den Bedingungen einer weitgehend feindlichen weißen Gesellschaft und fehlender Solidarität der weißen Arbeiter Selbstbestimmung als ein demokra-

tisches Konzept das Streben der Schwarzen nach Einfluß und Freiheit zum Ausdruck bringen kann. Auch wenn die Schwarzen in den USA keine separate Nation bilden oder Eigenstaatlichkeit suchen, so könne doch der Wunsch bestehen, Selbstbestimmung in politischen, sozialen und kulturellen Fragen zu erreichen. Hier wies *Shachtman* nur auf die Solidarität mit der weißen Arbeiterklasse hin, die wiederum der außerordentlichen Kraft der Millionen schwarzen Unterdrückten für ihren Kampf bedürfte.

Zweifellos bereichert *Shachtmans* Text das Verständnis der Diskussion von Rassenfragen der US-amerikanischen Linken in den 30er Jahren des 20. Jh.s. *Phelps* sieht in dem Text gar eine Vorwegnahme einer Reihe von späteren Entwicklungen der Sozialgeschichtsschreibung. *Shachtmans* detaillierte Ausführungen zur historischen Entwicklung und sozialen und demographischen Lage der Schwarzen in den USA bestätigen *Phelps* Urteil.

Roland Ludwig

**Wiebke Kolbe: Elternschaft im Wohlfahrtsstaat. Schweden und die Bundesrepublik im Vergleich 1945–2000, Campus Verlag, Frankfurt a. M./New York 2002, 516 S.**

Die vergleichende Betrachtung Schwedens und Deutschlands zu den unterschiedlichsten gesellschaftlichen und politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Themen hat in der deutschen Forschung Tradition. Sie scheint über die Jahre und die erfolgten Studien weder an Reiz einzubüßen, noch an ertragreichen Fragestellungen zu ermangeln. Zu den Themen Wohlfahrtsstaat und Mut-

terschaft/Elternschaft in historischer Perspektive erschien 1999 die Studie der Politologin Tercsa Kulawik. Darin betrachtet sie die Entstehung sozialpolitischer Regulierungen von Mutterschaft zwischen 1870 und 1912.<sup>1</sup> Mit der Veröffentlichung der Bielefelder Dissertation der Historikerin *Wiebke Kolbe* liegt nun eine weitere Arbeit zum Thema vor, welche die zeitgeschichtliche Entwicklung berücksichtigt. Es ist dies eine Studie, soviel sei vorweggenommen, die durch Sichtung eines umfangreichen Quellenmaterials (Gesetzestexte und -entwürfe, Partei- und Gewerkschaftsschriften, Sachverständigengutachten, parlamentarische Debatten sowie Internetseite aus beiden Ländern) und unter Berücksichtigung komparatistischer, konstruktivistischer und diskursanalytischer Theorien eine zwar detailverliebte, aber dennoch höchst spannende und lesenswerte Darstellung der Diskursentwicklungen über Elternschaft in beiden Ländern liefert.

Ihre Betrachtungen leitet *Wiebke Kolbe* mit einer einsichtigen Begründung ihres methodischen Herangehens und der Vorstellung der Quellen ein. Die schwedischen und deutschen Diskurse über Elternschaft handelt die Autorin in drei großen Abschnitten je Land ab, in welchen sie die wichtigsten Diskursströmungen aus den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Kontexten herleitet, analysiert und durch Zitate, welche die sprachliche Dimension der Diskursentwicklungen exemplifizieren sollen, illustriert. In einem Abschlußkapitel faßt sie die gewonnenen Ergebnisse nochmals zusammen und stellt sie vergleichend gegenüber. Agerundet wird die Arbeit durch Tabellen und Übersichten zu politischen und ökonomischen Daten.

Zu den Ergebnissen.

Schweden brach in den 50er Jahren sehr konsequent und mit Hilfe einer seit längerem praktizierten Politik des social engineering mit den traditionellen Mutterschaftskonstruktionen (Ehefrau/Hausfrau/Mutter). Als Folge eines eklatanten Arbeitskräftemangels galt es die generelle Mobilisation des weiblichen, vor allem mütterlichen Arbeitskräftepotentials gesellschaftlich zu legitimieren. Dies brachte das Problem der Vereinbarkeit von Kinderbetreuung und Beruf auf die polnische Agenda, welches breit in der Geschlechterrolledebatte der 60er Jahre reflektiert wurde und staatlicherseits einen forcierten Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen zur Folge hatte. Dieser Umstand, so hält die Vf. fest, delegierte einen bis dahin wichtigen Aspekt von Mutterschaft (Kleinkindbetreuung) in die Verantwortlichkeit des Staates und reduzierte selbige auf ihre leiblichen Aspekte (Schwangerschaft, Geburt, Stillen). Der Verlust wurde wiederum mit der Forderung an die Wirtschaft kompensiert, ein effizienteres Teilzeitarbeitsangebot an Frauen/Müner zu richten. Daß dieser Wandel sich nicht bruchlos vollzog, kann die Autorin am parallel in den 60er Jahren sich entwickelnden Wahlfreiheitsdiskurs verdeutlichen. Er avancierte zu einem Schlüsselbegriff schwedischer Familien- und Frauenpolitik, blieb jedoch in seiner Absichtserklärung und sozialen Praxis vornehmlich weiblich geprägt. Das Modell der Zweiverdienerreihe hatte sich als normatives Leitmodell bis zum Ende der 70er Jahre durchgesetzt, Mütter hatten mit staatlicher Hilfe einen erheblichen Teil der bis dahin nur Männern vorbehaltenen Funktionen als Familiennährerinnen übernommen, doch hatte dies nicht automatisch die gleichzeitige Emanzipation der Männer und ihrer Teilnahme an

der Kinderbetreuung zur Folge gehabt. Der politische Diskurs und die soziale Praxis in Schweden, dies macht die Studie in eingehender Weise deutlich, klappte in so mancher Hinsicht weit auseinander. Beginnend mit der Gleichheitsdebatte der 70er Jahre und bis in unsere Tage, fordert die schwedische Politik diese männliche Emanzipation nachträglich ein: Die Elternversicherung des Jahres 1972 gewährt beiden Eltern bezahlten Erziehungsurlaub, wofür das Arbeitsrecht extrem flexibel gestaltet wurde. Seit 1995 sind Väter zudem von staatlicher Seite verpflichtet, einen Teil des Elternurlaubs zu übernehmen („Papaquotierung“).

Im Gegensatz hierzu erodierte das traditionelle Mutterschaftskonzept in der Bundesrepublik langsamer: Das Familienernährermodell war im öffentlichen Empfinden wesentlich tiefer als normatives Leitbild verankert, was die Autorin historisch begründet (Propagierung eines bürgerlich-romantischen Ehemodells seit dem 19. Jh.). Diese historische Entwicklung wurde nach 1945 durch den im Zentrum des öffentlichen Interesses stehenden Kindeswohldiskurs verstärkt. Im Gegensatz zu Schweden, wo die Übernahme der funktionalen Mutterschaft nicht auf die Person der leiblichen Mutter limitiert blieb, wurden in der Bundesrepublik die schädlichen Folgen für Kleinkinder durch mütterliche Deprivation thematisiert. Dieser Diskurs begann zwar Mutterschaft als gesellschaftlich relevante Funktion zu etablieren, doch implizierte dies staatlicherseits noch keine finanzielle Entlohnung für Mütter. Die Verbindung von Kindeswohldiskurs und Familienernährermodell konstruierte konsequenterweise ledige oder alleinerziehende Mutterschaft als defizitär. Gleichzeitig erhöhte sie den Legitimationsdruck für

erwerbstätige Mütter enorm. Es dauerte bis in die Mitte der 70er Jahre, nicht zuletzt als Reaktion auf die zweite Frauenbewegung, ehe sich die deutsche Politik einer finanziellen Honorierung der mütterlichen Erziehungsarbeit und der Doppelbelastung erwerbstätiger Mütter annahm. Sowohl die Kontroverse um den Mutterschaftsurlaub, als auch die Debatte um das Bundeserziehungsgeld am Ende der 70er Jahre fügten sich in diskursive Kontexte wie Wahlfreiheit und Gleichberechtigung der Geschlechter ein, ohne je die schwedische Wirkungsmächtigkeit zu entfalten und ohne sich je in konkreten politischen Maßnahmen niederschlagen. So schloß das sozialdemokratische Mutterschaftsurlaubsgesetz Väter ausdrücklich aus und betraf nur erwerbstätige Mütter. Es hatte weder eine Lohnersatzfunktion, noch wurde es an den Ausbau von Kleinkinderhorten gekoppelt. Ähnliches gilt für das von der CDU/CSU 1986 eingeführte Bundeserziehungsgeld. Es richtete sich theoretisch auch an Väter, praktisch bot es ihnen (und erwerbstätigen Müttern) keinerlei finanziellen Anreiz, einen Erziehungsurlaub zu beantragen. Auch negierte das Gesetz die dynamischen sozialen Beziehungen zwischen leiblicher und sozialer Elternschaft: Ein Großteil der Väter wurde ausgeschlossen, da maßgebend für den Bezug von Erziehungsgeld die Rechtsbeziehung zum Kind war (das Sorgerecht und damit die Ehe). Die Novellierung des Bundeserziehungsgeldgesetz der rot-grünen Regierung im Jahr 2000 hat daran im Grunde nichts geändert: Das Familienernährermodell bleibt normativer Leitbegriff, selbst wenn es nunmehr von zusätzlichen Schlüsselbegriffen wie arbeitsmarktpolitische Flexibilität, Wahlfreiheit und Partnerschaftlichkeit flankiert wird.

In ihrer Darstellung der in Deutschland und Schweden sehr unterschiedlichen Diskursentwicklungen stellt die Autorin zusammenfassend fest, daß sich im Laufe der Zeit die Konzeptualisierungen von Elternschaft in beiden Ländern annäherten. In Schweden bemächtigt sich neuerdings aus Gründen wirtschaftlicher Stagnation ein neoliberaler Ton der Elternschaftsdiskurse und transferiert einen Teil der Kinderbetreuung aus Kostengründen zurück in den Kreis der Familie. Deutschland hingegen hat spätestens seit 2000 zu einer allgemeinen Flexibilisierung von Elternschaftskonzepten gefunden, ohne dafür Mutterschaft völlig zu dekonstruieren und ihr ein eindeutiges Vaterschaftskonzept gegenüberzustellen – wie dies in Schweden der Fall war. Weitere Interaktionen durch die „Supranationalisierung“ (S. 440) wohlfahrtsstaatlicher Politik durch EU-Integration und Globalisierung stehen zu erwarten, sind jedoch, wie es die Autorin im Schlußsatz zusammenfaßt, eine „andere Geschichte.“

Es ist *Wibke Kolbe* mit dieser Studie in beeindruckender Weise gelungen, die Verknüpfung politischer Diskurse, sozialer Praxis und gesellschaftlicher Wertevorstellung über Elternschaft aufzuzeigen sowie die sozialpolitisch relevanten In- und Exklusionsmechanismen von Mutterschaft in beiden Ländern zu verdeutlichen. In analytischer Hinsicht hat der Vergleich einen wichtigen Beitrag geleistet, die immer noch mythisch anmutende Stellung Schwedens in Fragen geschlechtlicher Gleichberechtigung innerhalb der Gesellschaft, Wirtschaft und Politik zu relativieren. Sicherlich: Schweden ist in vielerlei Hinsicht der Bundesrepublik und anderen Staaten weit voraus, doch ist es nicht gerade dieser Umstand, der eine

differenzierte Betrachtung rechtfertigt? Sei es, um die Möglichkeiten alternativer Elternschaftskonstruktionen vorzuführen, sei es, um ihr innewohnende Widersprüche aufzudecken.

An der Genderforschung kritisiert die Autorin nicht zu Unrecht die monolithische Handhabung der Kategorien Mann und Frau. Diese berücksichtige kaum Unterkategorien wie Ehefrau, Hausfrau, Mutter oder Ehemann, Hausmann, Vater, die wiederum für eine differenzierte Betrachtung wohlfahrtsstaatlicher Politik maßgeblich sind und Antworten auf die vielen Brüche und Erneuerungen beispielsweise von Elternschaftskonzepten ermöglichen. Ebenso plädiert die Autorin dafür, die sozialen Praktiken von Elternschaft nicht allein auf Ergebnisse staatlicher Politik zu reduzieren und somit die vielfältigen Rückkopplungsmechanismen zwischen staatlicher Politik, kulturellen Normen und sozialer Praxis zu negieren.<sup>2</sup>

Leider nur in wenigen Sätzen ange deutet wurden die Entwicklungen deutscher Elternschaftskonstruktionen im Prozeß der Wiedervereinigung. Und so bleiben bedauerlicherweise die Interaktionen zwischen „ostdeutscher“ und „westdeutscher“ Praxis und Wertorientierung in Bezug auf Elternschaft, die bis heute fort dauern, weiterhin im Dunkeln. Als hinderlich für die Klarheit der Darstellung erwies sich der Umstand, daß Daten zur Illustrierung diverser gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Entwicklungen umständlich in Sätze eingeflochten wurden, statt sie zugunsten einer einfacheren Visualisierung und Rezeption in Tabellen oder Kurven im Textzusammenhang zu veröffentlichen. Kaum Beachtung fanden Zeitungen in der Quellenarbeit, deren Bedeutung bei der Wiedergabe und Gestal-

tung von Diskursen allerdings von gleicher Bedeutung ist wie die politische Entscheidungsfindung.

All dies schmälert jedoch in keiner Weise den hohen Lesewert dieser Studie sowohl für Spezialisten, als auch und vor allen Dingen für interessierte Väter und Mütter.

Ruth-Stephanie Merz

- 1 T. Kulawik, Wohlfahrtsstaat und Mutterschaft. Schweden und Deutschland 1870–1912, Frankfurt a. M./New York 1999.
- 2 Vgl. hierzu auch B. Pfau-Effinger, Kultur und Frauenerwerbstätigkeit in Europa. Theorie und Empirie des internationalen Vergleichs, Opladen: 2000.

**Heike Paul, Katja Kanzler (Hrsg.): Amerikanische Populärkultur in Deutschland. Case studies in cultural transfer past and present, Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 2002, 198 S.**

In der anhaltenden Flut aktueller Literatur zur Rezeption amerikanischer Kultur in Europa nehmen die Forschungsbeiträge zum amerikanisch-deutschen Kulturkontakt nach wie vor den mit Abstand prominentesten Platz ein. Die so thematisierte „Amerikanisierung“ gilt als spezielle Variante eines interkulturellen Transfers, in dessen Folge Institutionen und Produkte, Normen, Werte und Symbole als „Amerikanismen“ in den deutschen Kulturhaushalt eingepaßt wurden.<sup>1</sup> Dabei wird – in der derzeitigen Forschung nicht anders als im anzuzeigenden Sammelband – berücksichtigt, daß keinesfalls von einseitigen Aneignungsprozessen durch eine passive deutsche „Empfängergesellschaften“ auszugehen ist, sondern vielschichtige Rezeptionsvarianten zu unterscheiden

sind, die sich im Spannungsfeld zwischen entschiedener Zurückweisung, selektivem Zugriff und weitgehend unvoreingenommener Übernahme von „Amerikanismen“ bewegen.

Als anregende Leitidee des Sammelbandes wird die prominent von Maase in Anlehnung an Bourdieu entwickelte These veranschlagt, wonach die Rezeption amerikanischer Populärkultur in Deutschland faktisch alle Züge einer Instrumentalisierung aufweist, indem sie von jeher zur Thematisierung innergesellschaftlicher Konflikte und zum Experimentieren mit symbolischem Kapital genutzt worden ist.<sup>2</sup> Aus der Summe der Einzelbeiträge, die die Leipziger Amerikanistinnen *Heike Paul* und *Katja Kanzler* zusammengetragen und selbst beigesteuert haben, ergibt sich dann ein historisch dimensioniertes, kulturwissenschaftliches Mosaik von amerikanisch-deutschen Kulturtransferwegen seit dem 19. Jh.

*Heike Paul* unternimmt es zunächst, anhand einer Rezeptionsgeschichte des Reformromans *Uncle Tom's Cabin* von Harriet Beecher-Stowe zu zeigen, wie das literarisch vermittelte Amerikabild fast reflexartig dem Entwurf kritischer Selbstbilder in der deutschen Gesellschaft des mittleren 19. Jh.s dienen konnte. Holger Kerstan skizziert den ambivalenten Widerhall der Werke amerikanischer Humoristen im ausgehenden 19. Jh. Die beiden folgenden Beiträge wechseln den Analysegegenstand und fokussieren nun Konsumverhalten und -produkte in Deutschland unter amerikanischem Vorzeichen: *Anne Koenen* entwickelt eine Art Infrastruktur des Konsums in Deutschland am Beispiel der Benutzung von Versandhauskatalogen im frühen 20. Jh. und zeigt, wie diese tendenziell egalitäre amerikanische Konsumpraxis zu einem